

OSTSEE-ZEITUNG.DE

Donnerstag, 07. Februar 2008 | Ostseebäder

Protest-Flut macht Amt zu schaffen

Gegen das Kraftwerk gibt es so viele Bürger-Einwände, dass der Zeitplan des Genehmigungsverfahrens kaum einzuhalten ist.

und CHRIS-MARCO HEROLD

Thiessow/Lubmin/Stralsund. Reinhard Stahlberg gibt sich dieser Tage wortkarg. In seinen letzten Berufsmonaten vor dem Ruhestand steckt der Chef des Staatlichen Amtes für Umwelt und Naturschutz (Staun) in Stralsund noch mal voll im Stress. Denn sein Haus ist die Genehmigungsbehörde für eines der politisch brisantesten Projekte seit der Wende: das Steinkohlekraftwerk, das im Industriepark Lubmin entstehen soll. Zwei Meiler mit jeweils 800 Megawatt Leistung. Der dänische Staatskonzern Dong Energy will dafür etwa 2 Milliarden Euro ausgeben.

Nach dem ersten Vorbescheid für die „bauplanungsrechtliche Zulässigkeit“ des Meilers, laufen derzeit fünf weitere Teilverfahren zur Genehmigung der Anlage. Sie entscheiden darüber, ob gebaut werden darf oder nicht.

Bis zum 4. Januar hatten Bürger Zeit, Einwände zu den Verfahren einzureichen. Mehr als einen Monat danach kann Stahlberg offiziell immer noch nicht beziffern, wie groß die Protestflut ist, da viele Briefe mehrere Themen gleichzeitig betreffen.

Nach OZ-Informationen ist der Aufschrei riesig. Über 1000 Einwände sollen vorliegen. Der Staun-Chef bestätigt, dass seine Behörde mit der Auswertung enorm beschäftigt sei. Man müsse sehen, ob die fünf Erörterungstermine zu den Verfahren (sie betreffen Fragen des Emissions- und Wasserschutzes sowie der Auswirkungen auf Ökosysteme), tatsächlich Ende April beginnen können.

Gespannt verfolgt man den Verlauf bei den Bürgerinitiativen gegen das Projekt. „Wir wundern uns, dass wir vom Staun keinerlei Auskünfte über den Stand der Einwände kriegen“, sagt Christa Labouvie, Sprecherin der Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“. Sie und ihre Mitstreiter prüfen derzeit einen Widerspruch gegen den ersten Vorbescheid. „Er wird kommen“, kündigt Christa Labouvie an.

Ebenso wie der Start einer Volksinitiative gegen das Projekt. Auftaktveranstaltungen dafür sind am 12. Februar in Schwerin und zwei Tage später in Greifswald geplant. „Für eine Volksinitiative brauchen wir 15 000 Unterschriften. Dann muss sich der Landtag mit dem Thema befassen“, sagt die Peenemünderin.

Sie weiß, dass eine Volksinitiative allein das Kraftwerk rechtlich nicht kippen kann. Über die Zulässigkeit des Vorhabens wird im Genehmigungsverfahren entschieden. Aber die Gegner gewinnen Zeit. Wie eben auch mit den vielen Einwänden beim Staun. Zeit, die durchaus mürrisch machen kann.

Wirkung zeigen die Protest- und anderen Aktionen schon. Aufgrund der vielen freiwilligen Überplanungen des Projektes sei Dong Energy bereits ein halbes Jahr im Verzug, bestätigte der Generalbevollmächtigte des Energiekonzerns, Albert Schön.

ALEXANDER LOEW